



# Bericht aus dem Ständerat



## Die Herbstsession 2025



### Liebe Leserinnen und Leser

*Die Tage werden kürzer und die Blätter der Bäume ändern ihre Farbe. Damit geht eine herausfordernde Herbstsession im Ständerat zu Ende. Mit dem Migrationspakt würde uns ein historischer Kompromiss bevorstehen, der es uns ermöglichen würde, dieses Problem gesamteuropäisch anzugehen. Bei der Sterbehilfe konnten wir erreichen, dass von einer weiteren Regulierung abgesehen wird. Wir haben auch über die Zukunft des Finanzsystems diskutiert. Dabei setzen wir uns für einen wettbewerbsfähigen und stabilen Finanzplatz Schweiz nach dem Untergang der Credit Suisse sowie für eine effektive Bekämpfung von Geldwäsche ein.*

*Wir bedanken uns herzlich für das Interesse an unserer Arbeit im Ständerat.*

*Herzliche Grüsse*

*Tiana Moser und Daniel Jositsch*

Und wie immer die Sendung zur Session auf Tele Z ab Montag, 29. September 2025:

<https://www.telez.ch/konkret/>

### **Migrationspakt: Schnellere Verfahren und klare Zuständigkeiten**

Noch nie waren so viele Menschen auf der Flucht. Dazu trägt die globale Lage bei, die von Instabilität geprägt ist. Dieser Druck wird nicht abnehmen. Migration ist eine der zentralen Herausforderungen unserer Zeit – eine Herausforderung, welche die Schweiz nicht alleine lösen kann. Deshalb sind international abgestimmte Lösungsansätze nötig.

Hier setzt der Migrationspakt in Form eines historischen Kompromisses an. Er bringt schnellere Verfahren, klare Zuständigkeiten und erstmals einen solidarischen Verteilmechanismus. Das stärkt die Aussengrenzen und vereinfacht Rückführungen für die, die keinen Anspruch auf Asyl haben. Damit kann der Migrationspakt die Situation in Europa entlasten. Das liegt im Interesse der Schweiz und trägt dazu bei, dass der Pakt funktioniert. Dabei würde die Schweiz nicht blind den gesamten Pakt übernehmen, sondern nur ausgewählte Teile. Dies ist nicht primär ein Akt der Solidarität, sondern liegt in unserem Eigeninteresse.

Der Migrationspakt ist nicht perfekt, aber ein notwendiger Schritt, um die Herausforderungen der Migration zu bewältigen. Mit dem vorliegenden Paket hätten wir eine gute Grundlage, um gemeinsam mit den EU-Ländern daran zu arbeiten. Eines ist klar: Migration lässt sich nur gemeinsam bewältigen. / **Tiana Moser**

### **Keine Regelung von Sterbehilfeorganisationen**

Sterbehilfe ist ein sensibles Thema, da sie in der Öffentlichkeit (und damit auch im Parlament) immer wieder für Aufregung sorgt. So letztmals im Zusammenhang mit der Suizidkapsel Sarco. Die Rechtskommission des Ständerats hat sich in der Folge des Themas angenommen und beschlossen, dem Parlament eine Regelung der Sterbehilfeorganisationen vorzuschlagen. Dabei ging es nicht darum, die Sterbehilfe selbst einzuschränken. Sie sollte weiterhin straflos bleiben, sofern sie ohne eigennützige Zwecke erfolgt. Vielmehr ging es der Rechtskommission darum zu regeln, unter welchen Voraussetzungen eine Sterbehilfeorganisation ihre Tätigkeit ausüben kann und welche Regeln dabei einzuhalten sind. Nach eingehender Debatte hat der Ständerat es in der Herbstsession abgelehnt, entsprechende Änderungen vorzunehmen.

Das ist nicht überraschend. Das Parlament hat vor gut zehn Jahren bereits über Regelungen für Sterbehilfeorganisationen nachgedacht und auch damals auf entsprechende Gesetze verzichtet. Damals wie heute hat die Passivität des Parlaments einen meines Erachtens überzeugenden Grund: Im geltenden Recht wird Sterbehilfe nicht geregelt, es wird einzig im Strafgesetzbuch definiert, unter welchen Umständen sie strafbar ist. Würde man Sterbehilfeorganisationen hingegen regeln, dann würde man gleichzeitig die Sterbehilfe legitimieren. Das wäre ein Paradigmenwechsel: heute wird Sterbehilfe geduldet, mit einer entsprechenden Regelung würde man sie legitimieren. Allerdings ist einzuräumen, dass die fehlende Regelung es zulässt, dass es immer wieder fragwürdige Fälle gibt. Es ist also davon auszugehen, dass das Thema in absehbarer Zeit das Parlament wieder beschäftigen wird. / **Daniel Jositsch**

### **Finanzplatz Schweiz für die Zukunft aufstellen**

Der Untergang der Credit Suisse erfordert eine Anpassung in der Regulierung: Wie können wir die Stabilität des Finanzplatzes Schweiz gewährleisten und das Vertrauen wiederherstellen? Nun gilt es ein Gleichgewicht zwischen Risikoreduktion und Wettbewerbsfähigkeit herzustellen.

Diese Gratwanderung ist sehr anspruchsvoll, aber auch entscheidend. Der Finanzsektor erwirtschaftet fast zehn Prozent der Schweizer Wirtschaftsleistung und ist für unsere Standortattraktivität zentral. Ein stabiler und international wettbewerbsfähiger Finanzplatz

liegt deshalb in unserem unmittelbaren Interesse. Unsere aktuelle wirtschaftliche Situation hebt dies umso mehr hervor.

Der Vorschlag des Bundesrates zur Regulierung geht in vielen Punkten über die internationalen Standards hinaus. Aus der Perspektive der Stabilität mag dies sinnvoll sein, jedoch nicht aus der der Wettbewerbsfähigkeit und Standortattraktivität. Jetzt braucht es eine Kosten-Nutzen-Abwägung, die die volkswirtschaftlichen Perspektiven berücksichtigt. Stabilität ist wichtig, aber nicht um jeden Preis. Dem Parlament muss ein Gesamtpaket vorgelegt werden, das die verschiedenen Perspektiven berücksichtigt und somit die Zukunft des Finanzplatzes Schweiz sichert. / **Tiana Moser**

### **Schaffung des Transparenzregisters**

In der abgelaufenen Herbstsession hat das Parlament das neu zu schaffende Transparenzregister durchberaten und angenommen. Man muss sich dabei unweigerlich die Frage stellen, ob damit viel gewonnen worden ist. Das Transparenzregister soll darüber Auskunft geben, wer wirtschaftlich an einer Unternehmung berechtigt ist, und auf diesem Weg helfen, Geldwäscherei zu bekämpfen. Die Schaffung dieses neuen Registers hat freilich Kostenfolgen, einerseits für den Staat, der das Register führen muss, andererseits für die Unternehmen, die den entsprechenden bürokratischen Aufwand leisten müssen. Gleichzeitig ist es zweifelhaft, ob mit dieser Massnahme Geldwäscherei tatsächlich wirkungsvoll bekämpft werden kann.

Auch in der vorberatenden Rechtskommission hat die Vorlage daher einen schalen Nachgeschmack hinterlassen. Es wurde die Vermutung geäussert, dass das Register für die rechtschaffenen Unternehmen nur Aufwand bringen wird, von den schwarzen Schafen hingegen problemlos umgangen werden kann. In der Kommission bestand daher der breite Konsens, dass das Transparenzregister wenig bringt respektive Aufwand und Ertrag in keinem vernünftigen Verhältnis stehen. Allerdings besteht internationaler Druck, dem die Schweiz ausgesetzt ist, insbesondere von Seiten der Financial Action Task Force on Moneylaundering (FATF), weshalb das Parlament beschlossen hat, trotz fehlender Überzeugung ein Transparenzregister einzuführen. Es wäre aus meiner Sicht allerdings sinnvoller, wenn die Schweiz (mit anderen Staaten) bei internationalen Organisationen die von ihnen beschlossenen Massnahmen häufiger hinterfragen würde. Es wäre dabei namentlich sinnvoll, wenn eine Organisation nach ein paar Jahren ihre Massnahmen in Frage stellen würde. Das würde es erlauben, allenfalls festzustellen, dass eine Massnahme nichts gebracht hat und sie daher überflüssig ist. / **Daniel Jositsch**